

**Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben im  
Zweckverband für Abwasserentsorgung Weißenfels - ZAW  
(e.V.), Reg.- Nr. Amtsgericht Stendal: 65 AR 1930/12  
06667 Weißenfels/OT Borau, Leninstraße 11**

Heidelinde Penndorf/ Monika Zwirnmann

Tel. 0160 480 77 31

---

---

## **Investitionsbank Sachsen Anhalt**

**Domplatz 12**

Schreiben bitte an Geschäfts-  
führung und zuständigen Bearb.

**39104 Magdeburg**

### **Kreditierung/Bürgschaftsübernahme für Bau von 2 Regenrückhaltebecken und 2. Zufahrtstraße zur Kläranlage der AÖR Abwasserentsorgung Weißenfels**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit großer Besorgnis wendet sich heute der Vorstand der Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserbeiträge, Weißenfels, im Namen der Mitglieder an ihr Unternehmen.

Es geht um die beabsichtigte Aufnahme von Krediten für den Neubau von Regenrückhaltebecken, Zufahrtstraße und für eine Erweiterung der bestehenden Kläranlage in Weißenfels.

Der Bau der aufgeführten Projekte soll nach Maßgabe der AÖR und der Stadtverwaltung Weißenfels allein durch die Bereitstellung der benötigten Finanzmittel in voller Höhe durch die Investitionsbank des Landes Sachsen Anhalt erfolgen.

Mögliche Säulen der Finanzierung dieser kommunalen Investitionen aus eigener Kraft, wie die Erhebung von Herstellungskostenbeiträgen (HKB) laut Landesgesetz oder die Zuteilung von Fördermitteln sind aus noch näher zu erläuternden Gründen nicht erkennbar.

Damit wachsen die Schulden des städtischen Unternehmens AÖR Weißenfels auf ein nicht mehr beherrschbares Maß.

In diesem Zusammenhang muss auch die galoppierende Neuverschuldung des städtischen Haushalts gesehen werden.

Außer für Pflichtaufgaben, werdend in absehbarer Zeit keine Mittel zur Ablösung und zur Bedienung von Schulden zur Verfügung stehen.

Das eigentliche Problem liegt aber in einer schon seit Jahren verfehlten Kommunalpolitik. Dabei spielt die einseitige Förderung des Fleischkonzerns Tönnies eine entscheidende Rolle, welche wohlwollend von der Landesregierung geduldet wird.

Diese führte zu einer Vergrößerung der Schere des Nutzeffektes (Steueraufkommen, Arbeitsplätze) für die Stadt gegenüber Ausgaben der Industrieförderung und einer ins unerträgliche gewachsenen Belastung der Bevölkerung.

Im vorliegenden Fall geht es um die Erhöhung von Kapazitäten der Abwasserentsorgung. Durch eine, gegenüber Sonderwünschen der Fa. Tönnies willfährige Verwaltung, mangelhaftes Betriebsregime und unzureichende Kontrollen wurde die Kläranlage in den vergangenen Jahren an den Rand des Kollapses gefahren.

Abwasserstrafabgaben in Höhe von fast 10 Mill. € an das Land waren die Folge.

Eine der Hauptursachen war die ungebremste Erhöhung der Schlachtzahlen durch Tönnies, ohne dafür gemeinsam mit der Kommune/Land die infrastrukturellen Voraussetzungen zu haben bzw. zu schaffen.

Die jetzt beabsichtigte Erhöhung der Reinigungsleistung von 76.500 Einwohnergleichwerten auf 125.000 EWG ist einzig und allein auf den angemeldeten Bedarf des Schlachtkonzerns zurückzuführen.

Eine vor Jahren vom Stadtrat beschlossene Vorgabe, dass derjenige der bestellt auch bezahlt (Kellnerprinzip), ist stillschweigend in der Versenkung verschwunden.

Eine erste im Jahr 2012 vorgestellte Satzung zur Erhebung von Herstellungskostenbeiträgen (HKB) zielte auf eine Entlastung des Schlachtkonzerns, bei gleichzeitig unverhältnismäßiger Belastung der Grundstücksbesitzer von Weißenfels hin.

Das war eine Auslegung des KAG (Kommunalen Abgabegesetzes - LSA) nicht für die Bürger, sondern gegen sie.

Das führte zum ständig wachsenden Widerstand der betroffenen Bürger, die sich in der oben genannten Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben und seit über einem Jahr jeden Montag vor dem Rathaus demonstrieren und das Vorteilsprinzip einfordern.

Erster Erfolg dieser BI war das Aushebeln der ersten HKB Satzung, die voller Fehler war.

Aber auch nach Umwandlung des ZAW in eine AÖR, ist bis zum heutigen Tag nicht erkennbar, dass die Verwaltungsspitzen und die dort agierenden Stadträte, bis auf zwei Ausnahmen, im Sinne ihres Wahlvolkes /Bürger tätig sind. Es wird immer mehr zur Gewissheit, es handelt sich um eingeschworene Lobbyisten der Lebensmittelindustrie (mit allen gängigen Makeln behaftet).

Seitens der Bürgerinitiative und der großen Mehrheit der Bürgerschaft wird eine Verteilung des HKB entsprechend der Nutzung der KA Kapazität in Höhe von über 70% (z.Zt. ca. 80%) zu Lasten der großen LM Betriebe gefordert.

Das heißt, auch in WSF muss die konsequente Anwendung des Vorteils - und des Solidaritätsprinzips, wie bundesweit bereits üblich, im Vordergrund stehen.

Davon ist die gegenwärtige Ausrichtung der Kommunalpolitik in WSF noch weit entfernt.

Charakterisiert wird dieser Zustand durch eine Industrielobby bestehend aus CDU und Linke als Stadtratsmehrheit und einem Verwaltungschef (Oberbürgermeister) mit gleicher Ausrichtung.

Am demokratischen Zustandekommen wesentlicher Beschlüsse im Stadtrat gibt es deshalb seitens der BI und Bürgerschaft erhebliche Zweifel. Dabei spielen Fragen von Befangenheiten, Mitwirkungsverboten und nicht vorhandener Sitzungsöffentlichkeit eine große Rolle. In solch einem Klima gedeihen naturgemäß Korruption und Vetterwirtschaft.

Für uns Bürger bedeutet ein Investitionsbeginn, ohne vorherige Klärung wesentlicher Fragen der Verteilung bisheriger und neuer Kosten für die Abwasserbeseitigung einen klaren Verstoß gegen demokratische Spielregeln.

### **Es sollen Tatsachen am Bürger vorbei geschaffen werden!**

Die erkennbare Zielrichtung, alles im Nachhinein auf die Bürger abzuwälzen, wird auf heftigsten Widerstand stoßen und möglicherweise auf lange Zeit Gerichte beschäftigen.

Sie können davon ausgehen, dass die Bürger nicht bereit sind die Zeche dieser verfehlten Landes - und Kommunalpolitik zu bezahlen.

Es wird einen sehr entschlossenen Kampf gegen die Hauptbelastung zur Bezahlung alter und neuer Schulden durch die Bürger geben. Die Zuteilung von Fördermitteln ist nach einem dem Stadtrat vorgelegten und gemäß Mehrheitsverhältnis (siehe oben) zugestimmten LOI an die Bildung eines größeren Verbandes mit Nachbarkommunen gekoppelt. Auch dies bleibt auf absehbare Zeit durch die unsäglichen WSF`er Verhältnisse ein Wunschtraum. Zudem ist auch hier bereits in Ansätzen eine Zielrichtung erkennbar, dass mögliche Fördermittel im wesentlichen der Wirtschaftsförderung und damit zur Entlastung der LM Konzerne dienen.

Die Kommunalwahlen im Mai 2014 bieten eine Möglichkeit die Herrschaft der Lobbyisten im Stadtrat zurück zu drängen. Damit kann auch den Verschuldungsproblemen von Weißenfels, ihrer Notwendigkeit, ihren Ursachen und dem Handeln befangener Personen auf Verwaltungsebene und Gemeinderat auf den Grund gegangen werden. Es wird mit Sicherheit auch nach Verantwortungen geforscht und diese auf den Prüfstand gestellt.

Wir wollen und vor allem können nicht Einfluss auf Ihre Investitionspolitik nehmen.

Unser Ziel mit diesem Schreiben ist einzig und allein auf die sorgfältige Prüfung der Gesamtbedingungen für eine Kreditierung/Bürgschaft der Stadt Weißenfels, bzw. ihrer Beteiligung der AÖR Abwasserentsorgung, gerichtet.

Auch möchte sich die Bürgerschaft von Weißenfels nicht den Vorwurf machen lassen, Entscheidungsträger von der Situation in Weißenfels nicht rechtzeitig unterrichtet zu haben.

Unser Wunsch ist eindeutig, weisen Sie die Verantwortlichen aus der Verwaltung und im Stadtrat darauf hin, dass die Sorge um den Bürger im Mittelpunkt aller ihrer Betrachtungen zu stehen hat.

Investitionen erst nach Klärung der Frage, dass derjenige der bestellt, auch derjenige ist der bezahlt.

Die Klärung, dass LM Großkonzerne innerhalb einer Kommune keine Sonderstellung genießen, das für sie auch Recht und Gesetz gelten, gehört dazu.

Dabei geht es um das Vorteilsprinzip (wer den größten Nutzen hat, hat auch das meiste zu bezahlen) und das Solidaritätsprinzip (jeder beteiligt sich nach seinen erzielbaren Nutzen an allen kommunalen Lasten).

Das Land hat eine erhebliche Mitschuld an den Zuständen in Weißenfels.

Während man anderswo erkannt hat, welche schlimmen Auswirkungen außer Kontrolle geratene landwirtschaftliche Massentierhaltungen und große industrielle Schlachtkapazitäten auf die Menschen einer Region haben (Niedersachsen), ist unsere Landesregierung von solchen Erkenntnissen noch weit entfernt.

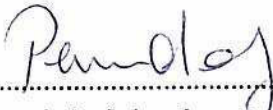
**Es liegt nunmehr in Ihrer Hand eine verhängnisvolle Entwicklung in Weißenfels zu verhindern.  
Die Bürger dieser Stadt erwarten verantwortungsbewusste Entscheidungen.**

**Lassen Sie sich nicht von einseitigen Darstellungen von (nach unserer Meinung) befangenen Vertretern aus der Kommune beeinflussen!**

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben im  
Zweckverband für Abwasserentsorgung Weißenfels-ZAW (e.V.)

Im Auftrag des gesamten Vorstandes

  
.....  
Heidelinde Benndorf

  
.....  
Monika Zwirnmann

Hinweis:

Informationen zum beschwerlichen Kampf vieler Weißenfelser Bürger gegen die LM Konzernlobby in Verwaltung und Stadtrat, das Schuldendesaster und viele Pannen und Ungereimtheiten im Bau – und Planungsbereich können Sie auf der Internetplattform „Weißenfelser Seiten“ nachlesen.